

Energie-Sozialtarif oder Atomsteuer?

Jakob von Weizsäcker, Bruegel

Der EU-Kommissionspräsident Barroso hat an diesem Wochenende in der Bild am Sonntag erklärt, "ein Sozialtarif für den Grundbedarf an Energie wäre ein Beispiel für eine gute Lösung", um den Energiepreisanstieg sozialverträglich abzufedern. Wirklich?

Um dies zu beantworten, muss erst geklärt werden, was ein Sozialtarif ist. Nehmen wir einmal vereinfachend an, dass der Grundbedarf für Strom auf 1000 Kilowattstunden pro Kopf und Jahr festgesetzt wird. Dann würde der Sozialtarif die ersten 1000 Kilowattstunden im Jahr verbilligen. Zur Gegenfinanzierung müsste entweder der Preis pro Kilowattstunde oberhalb dieses Grundbedarfs verteuert werden, was wie eine Stromsteuer wirkt. Oder aber der Stromkonzern müsste eine Gewinnsenkung in Kauf nehmen, was sich ähnlich wie eine Pauschalsteuer auf den Gewinn wirkt. Leider hätte diese Form der Sozialpolitik mindestens drei gravierende Nachteile.

Erstens wäre die Hilfe für die Armen nicht sehr zielgenau. Denn es gibt reiche Menschen, die eher wenig Strom verbrauchen (zum Beispiel weil sie einen nagelneuen Energiesparkühlschrank besitzen und tagsüber im Büro sind) und arme Menschen, die eher viel Strom verbrauchen.

Zweitens würden die Energiesparanreize verzerrt. Wer wenig Energie im Monat verbraucht, hätte aufgrund des verbilligten Preises einen niedrigeren Energiesparanreiz. Wer viel verbraucht, hätte aufgrund des höheren Preises für die Kilowattstunden einen höheren Energiesparanreiz. Effizient ist das nicht.

Drittens wäre die Hilfe für die armen Haushalte zweckgebunden für Energie. Wer nur 800 Kilowattstunden konsumiert, kann sich mit der verpassten Subvention für die letzten 200 Kilowattstunden keine Milch kaufen, die bekanntlich auch teurer geworden ist.

Das Problem der mangelnden Zielgenauigkeit könnte man besser in den Griff bekommen, indem man zusätzliche Bedürftigkeitskriterien, z.B. Hartz IV, zur Voraussetzung für den Sozialtarif macht. Aber wenn man sich schon diese Mühe macht, dann wäre es besser, wenn man den Hartz-IV-Empfängern als Ausgleich für die gestiegenen Energiepreise gleich mit mehr Geld statt mit billigerem Strom hilft. Dann fallen die beiden anderen Probleme, nämlich des verzerrten Energiesparanreizes und der zweckgebundenen Hilfe, auch noch weg.

Es ist eine zentrale Einsicht des europäischen Sozialmodells, dass man die Unterstützung für die Armen in der Regel umfassend statt mit sektoraler Flickschusterei gewähren sollte. Vor diesem Hintergrund verwundert Barrosos Wortmeldung. Was passiert, wenn man den Sozialstaat mit sektoraler Flickschusterei ersetzt, kann man in der Notaufnahme US-amerikanischer Krankenhäuser bestaunen. Diese für echte Notfälle gedachten Orte mit teurem 24-Service sind völlig verstopft mit armen Leuten, die sich einen rechtzeitigen Gang zu einem normalen Arzt nicht leisten können. Und in der Notaufnahme gilt der Sozialtarif null...

Rein ökonomisch ist das Thema Sozialtarif damit eigentlich erledigt. Aber vielleicht liegen die Dinge praktisch-rechtlich anders? Tatsächlich könnte es einfacher sein, die Energiekonzerne mit politischem und regulatorischem Druck dazu zu bringen, einen Sozialtarif einzuführen statt Geld für die Aufstockung von Sozialleistungen zur Verfügung zu stellen.

Doch so schwer ist es für den Staat nicht, von den Stromkonzernen an Geld zu kommen. Erstens steigt mit den höheren Strom- und Gaspreisen die Mehrwertsteuerlast auf Energie ganz automatisch an. Möglicherweise steigen auch die Einnahmen aus Gewinnsteuern. Doch vermutlich hat die Bundesregierung diese Einnahmen schon verplant, zum Teil natürlich auch um Steuerausfälle, die anderweitig aus den hohen Energiepreisen entstehen, zu kompensieren.

Bleibe also noch der zweite Weg über eine zusätzliche Steuer. Eine Atomsteuer, wie sie jetzt wieder diskutiert wird, wäre aus zwei Gründen besonders attraktiv. Erstens würde sie kaum preistreibend wirken. Denn der Strompreis wird von den teuren Kilowattstunden bestimmt, deren Herstellung sich privatwirtschaftlich gerade noch lohnt. Aus den vorhandenen Atommeilern kommen dagegen vergleichsweise billige Kilowattstunden, die auch mit einer Atomsteuer von ein oder zwei Cent pro Kilowattstunde den Strompreis nicht wesentlich beeinflussen dürften. Zweitens wäre die Atomsteuer im Kontext der aktuellen Debatte um längere Reaktorlaufzeiten attraktiv. Mit ihr könnte ein Teil der riesigen wirtschaftlichen Vorteile, die Stromkonzerne durch längere Reaktorlaufzeiten hätten, wenigstens zum Teil der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass Sozialtarife für Energieverbraucher keine gute Lösung sind, wenn man arme Haushalte entlasten möchte. Stattdessen wäre beispielsweise die Einführung einer Atomsteuer, deren Einnahmen zum Teil zur Finanzierung der Entlastung armer Haushalte eingesetzt würden, vorzuziehen.